

vector Warner aus Reutlingen erwählt, dem sich als Stellvertreter Hr. Wügel aus Darmstadt beigesellte. Es wurde bestimmt, die Auswanderung über deutsche Häfen zu lenken. Die Anstellung von Consuln oder Reichscommissaren in den Haupthäfen Amerikas wünschte man ausgedehnt auch auf Australien und überhaupt auf alle Länder, denen sich die Auswanderung vorzugsweise zuwendet. Hr. v. Gagern machte nach Bemerkungen des Erzherzog-Reichsverwesers besonders auf die Moldau und Walachei aufmerksam, wo noch ein großes Gebiet für die deutsche Auswanderung blüht. Die folgenden Punkte wurden von der Versammlung anerkannt als Grundlage einer Eingabe, welche die bestehenden Vereine an die Centralgewalt demnächst zu machen haben: Der Wunsch, daß die Auswanderung über deutsche Häfen, der Handels- und Schiffahrtsvorteile wegen, die daran sich knüpfen, gerichtet werden möge; der Wunsch und die Aufforderung, daß durch die geschlichen Behörden in den betreffenden deutschen Häfen den Auswanderern alle in nicht deutschen Häfen gebotene Vorteile ebenfalls gewährt werden, z. B. Herabsetzung des Passagiergeldes für Kinder; Anstellung von besondern Commissaren in den deutschen Häfen für specielle Ueberwachung der Auswanderungen; Anträge auf Anstellung besonderer Reichsconsuln und besonderer Commissare für die specielle Ueberwachung der Auswanderer in Amerika, und zwar sowohl in den Haupthafestädten als auch auf einigen Hauptpunkten in Amerika. Ferner wird beschlossen, daß in allen deutschen Ländern selbständige, die nämlichen Zwecke verfolgende Vereine sich bilden möchten. Die Ansiedelungen betreffend, wird Folgendes erkannt: a) Die Anlegung selbständiger eigener Colonien mag wünschenswerth sein, doch muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen davon abgesehen werden; b) die Zusammenhaltung des deutschen Elements soll auf alle mögliche Weise berücksichtigt werden; c) nach den vorliegenden Verhältnissen bieten die Vereinigten Staaten von Nordamerika und vorzugsweise die westlichen, nach welchen in den letzten Jahren der Strom der deutschen Auswanderung sich freiwillig gerichtet, die geeignetsten Ansiedelungspunkte dar. Andere Ansiedelungspunkte sind jedoch nicht ausgeschlossen und der Zukunft überlassen.

+ Dresden, 21. Oct. (Fortsetzung der Berathung der I. Kammer über das provisorische Wahlgesetz. [Nr. 296.]) Hr. v. Schönberg-Purschenstein hält die unbeschränkten Wahlen für bedenklich und glaubt, daß man einst von ihnen zurückkehren müsse. Das Zweikammersystem sei nur dem Scheine nach berücksichtigt worden, denn die I. Kammer werde eine Null sein. Das Gesetz sei unverbesserlich. Staatsminister v. d. Pfordten: Schon seit Jahren sei das Bedürfnis nach einer Reform des Wahlgesetzes gefühlt worden. Man habe dies in der Presse, im Verkehr und in den Kammern ausgesprochen. Die Zeit fodere die Demokratie. Die Weltgeschichte zeige überall, daß vom Patriarchalismus zum Aristokratismus und von da zum Demokratismus übergegangen worden sei. Diesem Zuge der Weltgeschichte könne kein Volk widerstehen. Europa sei an dem Standpunkte angelangt, wo von der Aristokratie zur Demokratie überzugehen sei. Es zeige sich dieser Drang nicht bloß in Sachsen, sondern auch im Norden und Süden Europas. Nach irgend einer Seite hin sei jede Verfassung gefährlich, so auch die aristokratische. Neben dem Gebrauche der Kraft stehe die Gefahr des Mißbrauchs derselben. Greife dieser letztere über, so gehe die Verfassung ihrem Ende entgegen. Was nun die Principien der gegenwärtigen Gesetzentwurfes betreffe, so bemerkte er, daß in jenem Lande, das sich seit Jahren mit Erörterung dieser Frage beschäftige, ein ähnlicher Vorschlag gemacht worden sei. Jenes Amendement sei aber nicht angenommen worden, indem die Majorität zur Annahme des Einkammersystems gegangen. Wenn man wolle, daß auch für die II. Kammer ein Censur bestimmt würde, indem sonst dem Besitzlosen zu viel Recht gegenüber dem Besitzenden, der mehr Steuern zahle, gewährt werde, so sei zu erwägen, daß Dem, der wenig hat, es gewöhnlich schwerer wird, wenig, als Dem, der mehr hat, viel zu zahlen. Der Besitzlose würde auch sein Recht nicht zum Nachtheile des Besitzenden gebrauchen, denn noch sei die Heiligkeit des Eigenthums im Volke nicht geschwunden. Daß man sich auf die sittliche Kraft des Volkes verlassen könne, davon gebe ein deutliches Zeugniß Wien, wo unter den jetzigen großen Wirren von keiner Verletzung des Eigenthums gehört worden sei. Ueberhaupt sei ja auch nicht anzunehmen, daß lauter Besitzlose in die II. Kammer erwählt werden würden. Indem aber dem Volke so das Recht, selbst die Gesetze für sich zu schaffen, gegeben würde, könne es auch über die Folgen Niemanden verantwortlich machen. Wie der Mensch sich bette, so schlafe er. Daß das Gesetz aber provisorisch sein müsse, liege in der politischen Lage der Gegenwart, die allgemeine Verfassung Deutschlands werde noch erwartet. Die Frage über das Ein- oder Zweikammersystem könne jetzt nicht gelöst werden. Er sei für das Zweikammersystem, weil das Einkammersystem zum Terrorismus führe. Lamartine selbst habe das offen erklärt; er hatte geglaubt, durch eine Diktatur die drohenden Gefahren am besten unterdrücken zu können. Gegen seine politische Ueberzeugung zu stimmen, wie erklärt worden sei, rathe er Niemandem, wenn es bloß wegen gewisser Persönlichkeiten geschehen sollte. In der jetzigen Zeit, die öftern Wechsel bringe, wäre es unklug, auf die Dauer

eines Ministeriums zu bauen, dieselbe hänge eben so sehr von der politischen Gestaltung der Umstände wie vom Vertrauen des Volks ab. Davon, was das Wohl des Vaterlandes erfodere, nicht davon, was man von seinem individuellen Standpunkte für richtig halte, müsse das politische Gewissen sich leiten lassen. (Beifall.)

Dr. Großmann stimmt in einer längern Rede den gegen den Gesetzentwurf vorgebrachten Bedenken bei und wünscht wesentliche Abänderungen. Staatsminister Georgi widerlegt den vorübergehenden Sprecher und äußert unter Anderm, wenn man dem vorliegenden Gesetze nicht vertraue, so möge man dem Geiste des Volks vertrauen, der das Vaterland zeitlich über manche Klippe hinweggeführt habe. Dr. Crusius und Bürgermeister Starke sind im Allgemeinen gegen die Gesetzentwürfe, Hr. v. Posern ist gegen das Gesetz, es geschehe mit ihm ein gewagter Schritt, vielleicht ein Schritt zur Republik. Gegen die Vorklage sprechen noch Graf v. Einsiedel-Wolkenburg, v. Friesen, Bürgermeister Bernhardt, v. Pflug und v. Wetz; für dieselbe der Präsident. Hierauf Schluß der Debatte. Nach dem langen, mit Beifall aufgenommenen Schlusssatz des Referenten Klinger entspinnt sich noch eine Debatte über die Zulässigkeit des von Hr. v. Schönberg-Bibran gestellten Antrags, in der nachgewiesen wird, daß er nach der Verfassungsurkunde an einem außerordentlichen Landtage nicht zulässig sei, worauf der Antragsteller auf Vorschlag des Referenten dem Antrag folgende Fassung gibt: „Die Kammer wolle in Uebereinstimmung mit der II. Kammer in der ständischen Schrift den Wunsch ausdrücken, daß die Regierung die Frage über die alljährliche Wiederkehr des Landtags im Auge behalte.“ Der Antrag wird hierauf in dieser Fassung gegen drei Stimmen (Bernhardt, Großmann und Ritterstädt) angenommen. Sodann nach einer kurzen Debatte über den im allgemeinen Theile des Berichts enthaltenen Antrag, den §. 131 der Verfassungsurkunde betreffend, wird derselbe in der von der II. Kammer beschlossenen Fassung mit 23 gegen 13 Stimmen (Graf v. Solms, v. Schönberg-Reinsberg, Dr. Großmann, Graf Schönburg, v. Posern, v. Miltz, Graf Hohenthal-Püchau, v. Friesen, v. Wetz, v. Heynik, v. Schönberg-Purschenstein und v. Schönberg-Bibran) genehmigt.

o Dresden, 22. Oct. Der Vaterlandsverein hier hielt gestern in Ermangelung eines ausreichenden Locals an drei verschiedenen Orten der Stadt Versammlungen, welche alle zahlreich besucht waren. Vereinsangelegenheiten und verschiedene Vorträge füllten die Zeit aus. Uebrigens wurden in allen Bezirksversammlungen die gleichen Gegenstände verhandelt. Hier nur Einiges aus den Verhandlungen der Bezirksversammlung im Odeon, wo Dr. Hirschel einen Vortrag über den Notenwechsel der Centralgewalt mit der Schweiz hielt und nicht umhin konnte, zu bemerken, daß unsere auswärtige Politik hier eine neue Niederlage erlitten hätte. Hr. Köchel gab in populärer, etwas humoristischer Weise einen politischen Wochenbericht, der sehr vielen Anklang fand. Adv. Kell beleuchtete das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung und verfehlte nicht, es einer scharfen Kritik zu unterwerfen. Nachträglich genehmigte die Versammlung auch noch die bereits am 20. Oct. nach Wien abgegangene Adresse:

Edle Männer Oesterreichs, hoher Reichstag! Mit Hoffen und Bangen sind die Blicke aller Deutschen auf Wien und seine nächsten Thore gerichtet. Jedes echte deutsche Herz fühlt, daß dort einer der wichtigsten Abschnitte der großen deutschen Bewegung des Jahres 1848 sich naht, jedes deutsche Herz ist sich bewußt, daß der große Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker, daß die Lebensfrage, ob im österreichischen Lande der Deutsche herrschen soll oder der Slave in den nächsten Tagen in Wien ihrer Lösung entgegengeht. Tapfere Männer Oesterreichs! die bisher mit unerschütterlichem Muth gekämpft und gesiegt für das Princip der Freiheit und der Herrschaft des Volkes, möge auch in der Stunde der Gefahr, in der Minute der Entscheidung der Muth des freien Mannes euch nicht verlassen, möget ihr nicht kämpfen nur und bluten für die heilige Sache des Volkes, nein, möge euer Sieg, den diese große Sache verdient, möge er das ängstlich harrende deutsche Land bald mit Jubel erfüllen. Edle Männer Oesterreichs, unsere Herzen sind bei euch, unsere heißesten Wünsche begleiten euch; eilet zum Kampfe, eilet zum Siege! Ihr kämpfet, ihr sieget für uns Alle. Der deutsche Vaterlandsverein zu Dresden.

Heute Morgen haben die Vorkländer des Vaterlandsvereins überdies noch mittels Placats „An unsere Mitbürger!“ zu Freischarenzügen und Geldspenden zur Ausrüstung derselben aufgefordert. Erlauben Sie mir am Schlusse dieses noch die Bemerkung für die Redaction der „Vaterlandsblätter“, daß sie bei etwa künftiger Benutzung meiner Berichte doch die Angabe der Quelle nicht wieder vergessen möge.

+ Leipzig, 23. Oct. Der Kirchliche Verein für alle Religionen bekenntnisse hielt nach einer Pause, die theils durch Krankheit, theils durch Abwesenheit von Ausschußmitgliedern eingetreten war, im Laufe dieser Woche seine ordentliche öffentliche Sitzung. In derselben theilte Hr. Pfarrer Rauch seine Erfahrungen auf einer im Dienste seiner Glaubensgenossen unternommenen Reise in Baiern mit. Es wird, wie erhellt, zwar von Seiten der Behörden der Bildung deutschkatholischer Gemeinden dort kein directes Hinderniß in den Weg gelegt, allein es geschieht auch nichts zur Unterstützung; namentlich sei nirgend ein

Local für
Dagegen
tramontanen
Beweise re
misch-kath
sei die mün
digen. Eine
haben in
Behörden
Zeugnisse
mit Offenb
bairische B
sinnigen, w
iire geleitet
wahrte Gut
Natur der
über kurz
auch der W
haben in
streben zeig
zwischen d
Wahrheit
Dr. Friede
Mün
vorübergeg
für Freiheit
burg zum
tern Lage
eine lange
gegeben, d
gewiß Vor
der ereigne
treuen Bei
vernimmt,
phenburg v
noch Olymp
diesen Vor
den vorgef
lern ist ge
Opfer des
bedeutend
gefelle, im
Stutt
Antrag des
schlossen, v
men in der
prinz hat
nerbe und
wohnen w
Karl
mer gab
Abg. Sach
wegen Zur
wende Erl
rer Zeit ei
sen. Sie
provisorisch
die Auflösung
und auf de
Ihnen dur
entsprech
werden die
aufhören.
Verhandlun
nahme für
welche die
hörigen be
Paris auch
Vertretung
reitwilligst
Denn nur
wahren po
uns der B
müssen wi
im Staat
politischen
Nur
des Bund
chen Ausb
Staaten,
den Wech
der unse
Belangen